

Antonia Wenisch

## **Mühsamer Ausstieg**

**Nach Schweden (1980) und Deutschland (1998) verabschiedet sich nun auch Belgien vom Atomstrom.**

- 1. Die Chancen auf die baldige Schließung eines schwedischen Atomkraftwerks sind gut.**
- 2. In Deutschland wird nach dem ersten Stilllegungskandidaten gesucht.**
- 3. Belgien hat beschlossen, 2015 den ersten Reaktor abzuschalten.**

Fast zwanzig Jahre ist es nun her, dass sich Schwedens Bevölkerung für einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie entschied: Das Referendum im März 1980 war das Ergebnis eines langjährigen politischen Kampfes der schwedischen Anti-Atombewegung und wurde nach dem Atomunfall im US-amerikanischen Harrisburg vom Parlament beschlossen. Damit konnte die Inbetriebnahme vier damals fertiggestellter Atomkraftwerke zwar nicht mehr verhindert werden, aber der schwedische Atomausstieg bis zum Jahr 2010 war damit besiegelt.

Die Folge war ein heftiges politisches Gerangel, aber kein Kurswechsel in der Energiepolitik. Der vorhandene Stromüberschuss führte zu einem Anstieg der E-Heizung. 1996 wurden nach Angaben des schwedischen Verbands der Fernwärmeversorger bereits die Hälfte der 800.000 Einfamilienhäuser ausschließlich elektrisch beheizt. Biomasse, Wind und Sonnenenergie waren hingegen in Schweden bisher kaum ein Thema.

**Barsebäck.** Das erste Atomkraftwerk, das nun stillgelegt werden soll, ist Barsebäck. Dieses südschwedische Kraftwerk besteht aus zwei Blöcken, die seit 1975 und 1977 betrieben werden. Die beiden Siedewasserreaktoren beunruhigen nicht nur die Bevölkerung Südschwedens, sondern auch die der nahegelegenen dänischen Hauptstadt Kopenhagen. Block 1 hätte bereits im Sommer 1998 geschlossen werden sollen. Und Block 2 sollte planmäßig 2001 an der Reihe sein.

Die Betreiberfirma Sydkraft wehrt sich nun bereits seit zwei Jahren mit allen rechtlichen Mitteln gegen den Stilllegungsbescheid. So legte Sydkraft 1998 auch bei der europäischen Kommission Beschwerde ein. Begründung: Der staatliche Konzern Vattenfall habe bisher keine Atomkraftwerke einmotten müssen – ein Wettbewerbsnachteil für Sydkraft. Die Ironie der Geschichte: Bereits 1998 war man einer Einigung über eine Entschädigung nahe, als Sydkraft die Verhandlungen abbrach weil eine Einigung auch das Ende der juristischen Auseinandersetzung bedeutet hätte. Am 16. Juni 1999 wies nun das höchste Verwaltungsgericht Schwedens den Einspruch von Sydkraft endgültig zurück. Die Entscheidung aus Brüssel steht noch aus.

**Deutschland.** In Deutschland ringt die rot-grüne Regierung seit zehn Monaten um einen Kompromiss mit der Atomwirtschaft. Um die Errichtung neuer Atomkraftwerke geht es dabei schon lange nicht mehr. Der wichtigste Streitpunkt ist vielmehr die restliche Laufzeit der bestehenden Reaktoren. Im Vordergrund stehen massive wirtschaftliche Interessen. Denn erst nach 15 bis 20 Jahren Laufzeit hat ein durchschnittliches deutsches Atomkraftwerk die Investitionskosten erwirtschaftet – ab dann ist es eine höchst profitable Cash Cow.

Umweltminister Jürgen Trittin will die Restlaufzeit auf 25 Jahre begrenzen. Vertreter der Atomwirtschaft bestehen auf 40 Jahren Vollastbetrieb. Stillstandzeiten, etwa nach Störfällen oder bei Reparaturen, müssten abgezogen werden. Kanzler Gerhard Schröder hat nun seinen Wirtschaftsminister Werner Müller, selbst ein ehemaliger Atommanager, beauftragt, einen Konsens mit der Atomindustrie auszuhandeln.

Nach dem deutschen Atomgesetz sind die Betriebsbewilligungen von Atomkraftwerken unbefristet. So lange ein Reaktor den Sicherheitsvorschriften entspricht, darf er betrieben werden. Bei der Änderung dieser Bestimmung droht die Atomindustrie mit milliardenschweren Schadenersatzforderungen und Verfassungsklagen. Das ist keine leere Drohung: Die Atomkraftwerksbetreiber zählen zu den mächtigsten und finanzstärksten Konzernen in Deutschland. Die Situation würde sich noch verschärfen, wenn der französische Atomstromgigant EDF den heuer zum Verkauf anstehenden Anteil von 25,2 Prozent der Energie Baden Württemberg (EnBW) erwerben sollte. Dann könnte die EDF den Atomkonsens verhindern.

Wirtschaftsminister Müller glaubt, mit seinem Vorschlag einer Betriebsdauer von 35 Jahren die Basis für einen Kompromiss gelegt zu haben. Die von Trittin geforderte Begrenzung auf 25 Jahre würde hingegen dazu führen, dass noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode die ältesten Reaktoren, etwa Obrigheim und Stade, stillgelegt werden müssten. Das wäre ein deutliches Signal an Bevölkerung und Industrie, dass es der Regierung um den Ausstieg ernst ist.

Noch viel schwieriger gestaltet sich die Suche nach einem Stilllegungskandidaten. Denn jeder Betreiber eines einzumottenden Reaktors würde sich unweigerlich gegenüber den anderen Atomstromerzeugern benachteiligt fühlen. So wurde etwa Ende Juli gemeldet, dass den Hamburger Elektrizitätswerken (HEW) im Gegenzug zur Abschaltung des 23 Jahre alten Zwentendorf-Schwesternkraftwerks Brunsbüttel von den anderen Erzeugern billiger Ersatzstrom angeboten wurde. Die HEW, an den Konsensgesprächen nicht beteiligt, dementierten auf der Stelle. Das Fachblatt Nucleonics Week zitiert eine HEW-Quelle, wonach Generaldirektor Manfred Timms „niemals irgendeinem Plan zustimmen würde, einen seiner Reaktoren abzuschalten, der von den Anderen ausgeheckt wurde“. Die Regierung kann nur hoffen, dass sich, wie schon 1994 in Würgassen, bei einem der Kraftwerksveteranen eine Nachrüstung als unwirtschaftlich erweisen wird.

**Steiniger Weg.** Scheitern die Kompromissverhandlungen, dann verschiebt sich die Auseinandersetzung auf die Ebene sicherheitstechnischer Auflagen, Gutachten und Gerichtsurteile. Auch damit kann die Regierung beträchtlichen Druck ausüben. Um aber die Konsensgespräche nicht zu gefährden, muss derzeit noch zugewartet

werden. Zudem ist dieser Weg sicherlich nicht als Signal für eine Energiewende zu deuten.

Bei der Entsorgung abgebrannter Brennstäbe kommt die Koalition der Atomindustrie ohnehin weitgehend entgegen. Zwar ist sich die Regierung einig, dass „das bisherige Entsorgungskonzept für die radioaktiven Abfälle keine sachliche Grundlage mehr hat“ (Koalitionsvertrag), weitere Entscheidungen über einen nationalen Entsorgungsplan und die Untersuchung neuer Endlagerstandorte wurden aber vertagt. Die Regierung rät den Betreibern, Zwischenlager am Standort zu errichten, weil damit Atomtransporte vermieden werden. Gleichzeitig ermöglicht sie damit den Weiterbetrieb vieler Atomkraftwerke, die ohne neue Zwischenlager bereits in den nächsten Jahren wegen erschöpfter Lagerkapazitäten den Betrieb einstellen müssten.

„Der Einstieg in den Ausstieg verlangt zumindest eine Doppelstrategie von politischen Verhandlungen und politischem wie gesellschaftlichem Druck. Mit der Kosenstrategie allein werden die Atomkraft-GegnerInnen verlieren, zumal sie am Prozess nur als Minderheit im Regierungslager beteiligt sind, während die Umweltverbände außen vor bleiben“. prognostiziert die deutsche Zeitschrift Kommune in ihrer Augustnummer. Die Anti-Atombewegung hat bereits angekündigt, sich gegen den Neubau von Atommüll-Lagern zu wehren. Das dürfte zumindest die Pläne, rasch Zwischenlagerkapazitäten bereitzustellen, schnell zunichte machen. Die Folge wären neue Transporte in die bestehenden Zwischenlager – diese würden wiederum den zivilen Widerstand anheizen.

**Belgien.** Auch die neue belgische Koalitionsregierung aus sechs sozialistischen, grünen und liberalen Parteien hat in ihrem Koalitionsabkommen einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. In Belgien, das derzeit immerhin 60 Prozent seines Stroms aus Atomkraft gewinnt, hat man sich auf eine vierzigjährige Laufzeit für die bestehenden Atommeiler geeinigt. Die lange Frist wird mit der Notwendigkeit begründet, neue großtechnische erneuerbare und saubere Energiealternativen zu entwickeln. Der belgische Stromversorger Electrabel ist außerdem noch mit 25 Prozent an den zwei jüngsten französischen 1500 MW Reaktoren in Chooz beteiligt. Wegen zahlreicher technischer Probleme hat Belgien allerdings bisher von dort nicht viel Strom bezogen.

So wie in Deutschland, verfügen auch die belgischen Atomkraftwerksbetreiber über unbefristete Betriebsbewilligungen. Die ältesten belgischen Reaktoren sind seit 1975 in Betrieb und müssten daher planmäßig 2015 stillgelegt werden. Zehn Jahre später wäre dann auch der letzte belgische Reaktorblock dran.

*(Ing. Antonia Wenisch ist Geschäftsführerin des Ökologie-Institutes)*